

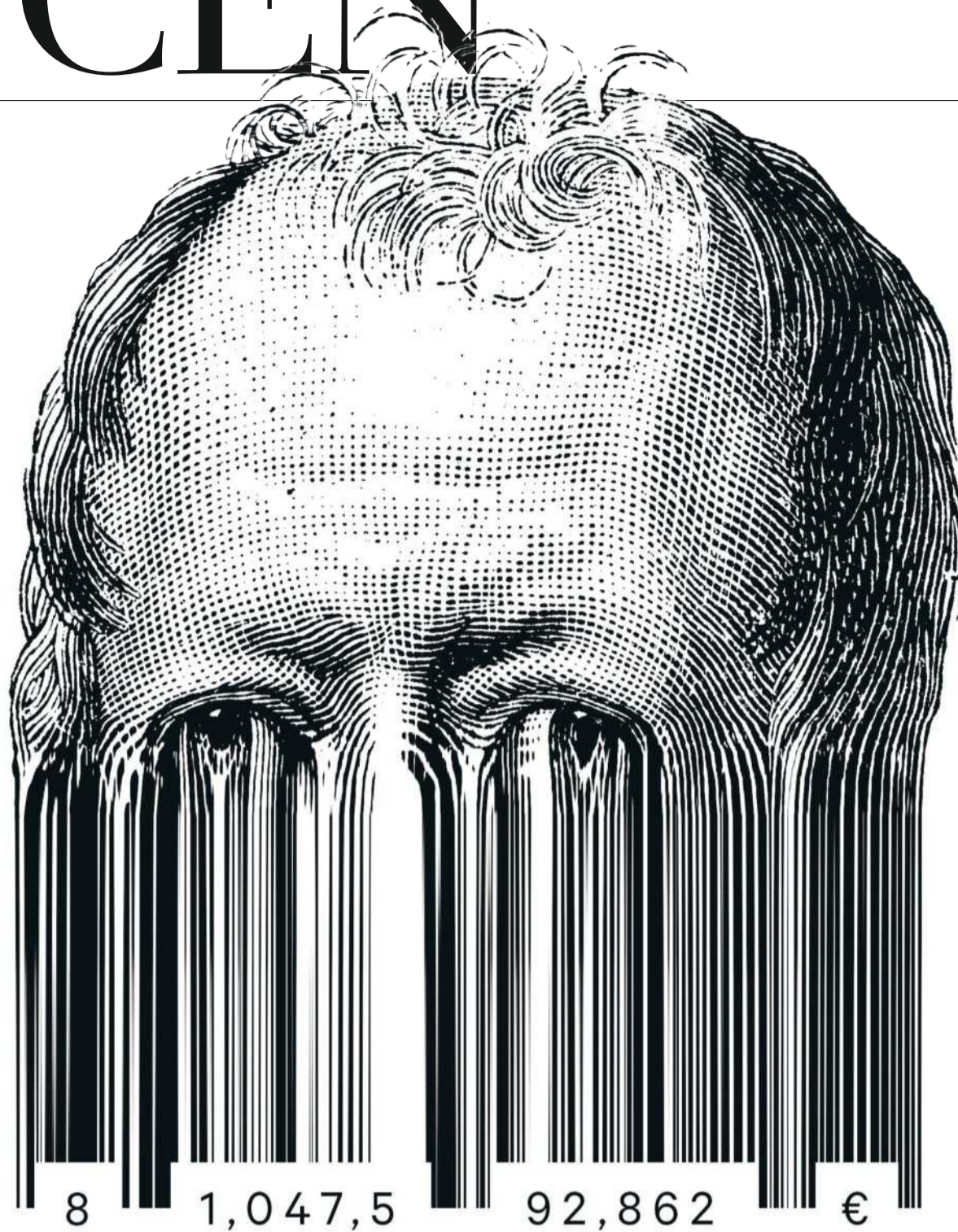
CHANCEN



Alles klar, Sheriff:
Eine Grundschule in
Berlin engagiert einen
Wachdienst. Geht das?

Seite 65

63



Mit freundlicher Unterstützung

Universitäten geben sich gern als völlig unabhängige Institutionen. Selbst wenn sie mit Unternehmen kooperieren.
Eine ZEIT-Recherche weckt Zweifel an diesem Bild VON ANANT AGARWALA UND FRITZ ZIMMERMANN

In der Nürnberger Altstadt, umstellt von der historischen Stadtmauer, steht ein seltsames Gebäude. Der Nordflügel wächst gläsern in die Moderne, der Südflügel verharrt als weinrote Bausünde in den Siebzigern. Stillstand und Erneuerung – in der Mitte treffen sie sich. Es ist Anfang Februar, Klausurenzeit an der Friedrich-Alexander-Universität, kurz FAU. Im lichtdurchfluteten Erdgeschoss des Nordflügels blättern Studenten geschäftig in ihren Ordnern. An der Wand neben den Türen prangen etwas zu große Plaketten aus Glas, sie sind mit Namen beschriftet: »Müller Medien Hörsaal« und »e@syCredit Hörsaal«. Auch auf den Wegweisern im Gebäude stehen die Logos der Geldgeber.

Wer in den Südflügel abbiegt und ins Treppenhaus steigt, betritt einen heruntergekommenen Betonbau mit Fußboden aus blauen Gummipöppeln. Hier ist das Geld der Wirtschaft nicht in den Bau geflossen, es sitzt in Gestalt von Werner Widuckel in einem Besprechungsraum im dritten Stock. Widuckel, ein Endfünfziger mit grauem Sakko und silbernem Haar, schiebt noch vor Gesprächsbeginn Belege seiner Kompetenz über den Tisch: ein Aufsatz in einer Fachzeitschrift, ein 583 Seiten starker Sammelband, vier Herausgeber, Widuckel ganz oben. »Darin wird Audi kein Mal erwähnt«, sagt er.

Werner Widuckel saß jahrelang bei Audi als Personalchef im Vorstand und betreute dort auch die Kooperationen mit Universitäten, im Sommer 2010 verließ er den Konzern. Gut anderthalb Jahre später berief die FAU ihn zum Professor für Personalmanagement. Nicht auf eine reguläre Professur, bezahlt vom Land Bayern. Sondern auf eine Stiftungsprofessur, bezahlt von Audi. Widuckel nennt die alten Kollegen im Audi-Firmensitz in Ingolstadt noch immer »Audianer«. Er fährt einen Audi mit Hybridmotor. Und er hält eine Vorlesung, die im Vorlesungsverzeichnis als »Personalmanagement in Theorie und Praxis in Kooperation mit der Audi AG (Audi-Vorlesung)« angekündigt wird. Werner Widuckel sagt: »Ich bin absolut unabhängig.«

Was wir essen, wie wir lernen, welche Medikamente wir nehmen: All das basiert auf der Arbeit von Wissenschaftlern. Ihre Erkenntnisse beeinflussen, ob Verbraucher Dieselaautos kaufen oder Politiker den Ausbau von Windkraftanlagen subventionieren. Das macht ihre Unabhängigkeit so kostbar. Deshalb sind Forschung und Lehre in Deutschland frei, so steht es in Artikel 5 des Grundgesetzes.

Die Frage ist: Stimmt das?

Sie führt direkt ins Selbstverständnis der deutschen Wissenschaft. Einer Branche, die sich stets unbestechlich gibt und deren Selbstbewusstsein manchmal in Selbstgerechtigkeit kippt. Und weil die deutschen Universitäten mit den besten der Welt konkurrieren wollen, die staatlichen Mittel hierfür aber bei Weitem nicht ausreichen, können sie jeden Euro gebrauchen. Das macht sie anfällig.

Mehr als 1,4 Milliarden Euro pumpen Unternehmen laut Statistischem Bundesamt aktuell

pro Jahr allein in die Forschung an den Hochschulen. Nur in spektakulären Fällen nimmt die Öffentlichkeit Notiz, wenn Lidl-Gründer Dieter Schwarz der TU München 20 Professuren schenkt oder SAP-Mitgründer Hasso Plattner der Uni Potsdam eine ganze Fakultät spendiert. Die meisten Kooperationsverträge aber bleiben geheim.

Dieser Text unternimmt den Versuch, Klarheit zu schaffen. Die ZEIT hat 78 Universitäten in Deutschland um Daten gebeten: über industriefinanzierte Forschungsprojekte, über aktuelle und ehemalige Stiftungsprofessoren, über die Promotionen von Doktoranden, die von Unternehmen bezahlt werden, und über Kooperationsverträge zwischen Uni und Industrie. Viele Hochschulen reagierten verschüppelt: Manche fühlten sich einem Generalverdacht ausgesetzt; andere sprachen von einem »unzumutbaren Aufwand« und beantworteten nur ausgewählte Fragen; sechs Universitäten stellten auch auf Nachfrage hin keinerlei Daten zur Verfügung. Andere Unis lieferten die angeforderten Informationen hingegen kommentarlos und in gewünschter Tiefe.

Trotz des dürftigen Rücklaufs zeigt die Abfrage eines ganz deutlich: Die Gelder aus der Wirtschaft fließen über viele Kanäle, und die Grenzen zwischen Partnerschaft und Abhängigkeit sind dabei kaum auszumachen. Es gibt keine staatliche Universität in Deutschland, an der auf private Gelder verzichtet wird. Wirtschaftsunternehmen geben deutschlandweit Studien in Auftrag, finanzieren ganze Forschungszentren und schicken ihre Angestellten mit nützlichen Fragestellungen in die Promotion.

Wirksame Standards dafür, wie die Universitäten damit umgehen sollen, gibt es aber nicht. Jede Uni entscheidet im Grunde selbst, wie ihre Verträge aussehen, in welcher Form sie ihre Projekte erfasst und ob sie die Zuwendungen veröffentlicht. Zentrale Datenbanken fehlen, nicht selten befinden sich wichtige Informationen in den Händen einzelner Professoren. Ob Universitäten die Namensrechte ihrer Hörsäle verhökern sollten wie Fußballvereine die ihrer Stadien, erscheint da fast schon zweitrangig.

Im Besprechungsraum der Nürnberger Wirtschaftswissenschaften wird der Ton schärfer, je näher man dem Thema möglicher Interessenkonflikte kommt. »Die Professur war öffentlich ausgeschrieben. Ich wurde wie jeder Kandidat anhand meiner Qualifikationen beurteilt«, sagt Werner Widuckel. Audi habe außerdem nicht in der Berufungskommission gesessen.

Das stimmt. In der Ausschreibung der Professur, die Audi nicht namentlich erwähnt, wird aber ein Kandidat gesucht, der verdächtig nach Werner Widuckel klingt: »Insbesondere Führungserfahrungen im Personalwesen technologieorientierter Unternehmen« solle der Bewerber vorweisen können. Aus dem Vertrag über die Stiftungsprofessur, die die FAU der ZEIT vorlegte, geht zudem hervor, dass der Ansprechpartner bei Audi ein Mitarbeiter war, der bereits seit 2005 die wissenschaftlichen Kooperationen des Autobauers koordiniert. Jenen Bereich, den laut eigener Aussage ein Mann im Konzern bis zu seinem

Ausstieg 2010 leitete: Werner Widuckel. Die Uni sagt, es habe »deutlich mehr als einen Bewerber« gegeben, das Verfahren sei so abgelaufen wie jedes andere auch. Aber hätten sie sich auch gegen Widuckel entscheiden können, ohne den Geldgeber Audi vor den Kopf zu stoßen?

Inhaltliche Absprachen mit seinem alten Arbeitgeber habe es nicht gegeben, sagt Widuckel. »Sie haben mir völlig freie Hand gelassen.« Die sogenannte Audi-Vorlesung, die er seit 2013 in jedem Wintersemester anbietet, sei seine Idee gewesen. Er habe die sieben Audi-Manager, denen er über das vergangene Semester verteilt die Bühne als Gastredner bereitete, eigenhändig ausgewählt.

Für Unternehmen wie Audi zahlten sich Stiftungsprofessuren wie die von Werner Widuckel »ein Leben lang aus«, sagt Arne Semsrott von Transparency International. Denn in der Regel finanzieren die Geldgeber die Professuren nur für fünf Jahre. Danach zahlt die Universität. So war es auch bei Widuckel: 2017 lief die Finanzierung aus, und er wurde regulärer Professor. Seine Audi-Vorlesung aber hält er weiter.

Die Hochschulen drehen das Argument um: Die öffentliche Anschlussfinanzierung würde sichern, dass man nur solche Professuren von Stiftern annehme, die zum wissenschaftlichen Profil der Uni passen. Das leuchtet ein. Aber war es etwa wirklich ein dringendes Anliegen der Universität Stuttgart, einen »Lehrstuhl für Innovative Verstärkungsmethoden mit Befestigungen« zu schaffen – oder nützt der vor allem dem Dübelerhersteller Fischer, der sie bezahlt?

Laut Angaben des Stifterverbands der deutschen Wissenschaft, der Unternehmen mit Hochschulen verknüpft, werden lediglich 576 Professoren an staatlichen Hochschulen durch Stifter finanziert. Die Zahl bleibe zudem seit Jahren nahezu konstant, so der Stifterverband. Doch ehemalige Stiftungsprofessoren wie Widuckel werden mit dieser Zahl nicht abgebildet. Aus der Anfrage der ZEIT ergibt sich, dass an den deutschen Universitäten mindestens 262 reguläre Professuren, die einst privat gestiftet wurden, mittlerweile von den Hochschulen selbst finanziert werden. Hinzu kommen die entsprechenden Lehrstühle an 24 Universitäten, die der ZEIT zu dieser Frage aus verschiedenen Gründen keine Angaben machen wollten. Und mit jedem Semester, in dem neue Stiftungsprofessuren eingeworben werden und alte in die Haushalte der Unis übergehen, werden es mehr. So wächst im Hintergrund unbemerkt der industrielle Einfluss. Etwa am Lehrstuhl für Lebensmittelverfahrenstechnik an der TU Berlin. Auf ihn wurde 2011 ein leitender Mitarbeiter des Konzerns Unilever (Magnum, Rama et cetera) berufen, um nun universitär und mit staatlichem Geld an Schokoriegeln zu forschen. Geldgeberin der Professur: Die Stiftung der Zuckerindustrie. Auch andere Fälle wirken zumindest merkwürdig: der Lehrstuhl für Nukleartechnik an der TU Mün-

chen etwa, ursprünglich gestiftet von der E.on Kernkraft GmbH, heute unterhalten vom bayerischen Steuerzahler. Oder die Nestlé-Professur für Ernährungsmedizin am Uni-Klinikum Erlangen – deren Geldgeber auf der Homepage des Klinikums verschwiegen wird.

In der Anfrage bei den deutschen Hochschulen fragte die ZEIT auch nach Daten über erhaltene Drittmittel aus der Industrie: also danach, welche Geldgeber mit welchen Summen welche Forschungsprojekte finanzierten. Ziel war es, einen genaueren Eindruck davon zu gewinnen, welche Unternehmen an Universitäten besonders aktiv sind. Der Rücklauf war erschreckend: Viele Unis nannten nur Gesamtsummen aller Forschungsprojekte, sodass keine Rückschlüsse auf einzelne Geldgeber möglich waren. Andere schmissen Gelder aus der Wirtschaft mit Förderungen von Ministerien in einen Topf. Spezifische Forschungsprojekte wiederum nannten weniger als die Hälfte der befragten Unis. Oft verweigerten die Hochschulen eine Antwort und verwiesen auf Verschwiegenheitsklauseln in den Verträgen.

Es ist dieses Verhalten, das so gar nicht passen mag zum Selbstverständnis der deutschen Universitäten: Die Diskrepanz zwischen der Entrüstung, die der ZEIT nach ihrer Anfrage entgegenschlug, und der Schludrigkeit, mit der die Hochschulen ihre Industriekooperationen vielerorts dokumentieren. Viele Hochschulen baten um Fristverlängerung, um diese dann wiederum nicht einzuhalten. Eine Pressesprecherin klagte am Telefon, die Verwaltung ihrer Hochschule stecke noch im 19. Jahrhundert. Die Universität Rostock schrieb: Weil Verträge nicht systematisch erfasst würden, sei ein »erheblicher Aufwand zu erwarten, für den wir Gebühren erheben müssten«.

Andere Universitäten bemühten sich. Die FAU etwa zeigte sich offen. Und in der Antwort der Universität des Saarlandes waren Forschungs Kooperationen bis zurück ins Jahr 2000 dokumentiert – so wurde ersichtlich, dass in diesem Zeitraum über 80 Drittmittelprojekte von großen Pharmaunternehmen bezahlt wurden, davon allein 29 von Novartis, 16 von Bayer und 13 von Roche. Über den Forschungsgegenstand oder die Förderungssumme jedoch erfährt man nichts. Die Freie Universität Berlin erklärte hingegen bereitwillig, dass Novartis am Institut für Veterinärmedizin die Wirksamkeit von Anti-Wurm-Medikamenten erforschen lässt. Die Summe hält aber auch die FU unter Verschluss.

Selbst in einem Bundesland wie Niedersachsen, das seine Universitäten mit Transparenzrichtlinien zur Offenheit verpflichtet, bleiben die Erkenntnisse begrenzt. So ergibt sich aus der Antwort der TU Braunschweig etwa, dass dort im Jahr 2016 Auftraggeber mit der Bezeichnung »NACE Code C.29« 52 Projekte finanzierten und dafür insgesamt mehr als sechs Millionen Euro zahlten. Die Bezeichnung »NACE Code C.29« wird von der Europäischen Kommission genutzt und steht als Chiffre für die Automobilindustrie. Im Fall der TU Braunschweig liegt aufgrund der Nähe zu Wolfsburg zwar die Ver-

mutung nahe, dass sich hinter dem Code Volkswagen verstecken könnte. Doch sicher ist das nicht.

Eines allerdings wurde deutlich in den Antworten der Hochschulen: Pharmaindustrie und Automobilbranche investieren am kräftigsten in die universitäre Forschung.

An der RWTH Aachen, der größten Technischen Universität in Deutschland, wird täglich die Frage verhandelt, wie viel Einfluss durch die Privatwirtschaft der Forschung guttue. Und ob beides: Wirtschaft und Forschung, überhaupt noch voneinander zu trennen seien. Vor einigen Wochen erst wurde bekannt, dass an der RWTH vor Jahren Abgastests an Menschen durchgeführt wurden. Kurz zuvor war über ähnliche Tests an Affen in den USA berichtet worden. Beide Versuche waren Auftragsarbeiten, durchgeführt von Forschungsinstituten, aber bezahlt von einem Lobbyverein der Automobilindustrie namens EUGT. Zwar hatten zumindest die Forscher des Universitätsklinikums in Aachen wohl nicht gegen wissenschaftliche Standards verstoßen, dennoch wurden hier mithilfe von gekaufter Forschung die Interessen der Automobilindustrie gestärkt. So klar sind die Zusammenhänge allerdings selten.

Nur wenige Hundert Meter entfernt vom Universitätsklinikum der RWTH, dem Ort der EUGT-Studie, liegt der Lehrstuhl für Verbrennungskraftmaschinen (VKA). Er ist spezialisiert auf die Entwicklung von Motoren vor allem für die Automobilindustrie. Der Österreicher Franz Pischinger leitete den Lehrstuhl seit seiner Gründung 1970. Nach 27 Jahren folgte ihm 1997 sein Sohn, Stefan Pischinger, der das VKA seitdem führt. Er ist gleichzeitig Vorstandsvorsitzender der FEV Group GmbH, eines Entwicklungsunternehmens der Automobilindustrie mit Sitz in Aachen, und gemeinsam mit seinem Vater auch Gesellschafter des Unternehmens, das 2016 einen Umsatz von 480 Millionen Euro machte. Zu den Kunden zählen die großen deutschen Automobilkonzerne.

Pischinger ist also ein unabhängiger Wissenschaftler, der die Zukunft des Verbrennungsmotors erforschen soll. Und ein Geschäftsmann, dessen Unternehmen von dieser Zukunft abhängt. Kann das gehen?

Er habe vom Bundesland Nordrhein-Westfalen eine Nebentätigkeitsgenehmigung als Geschäftsführer der FEV mit einem Arbeitstag pro Woche, erklärte Stefan Pischinger schriftlich auf Anfrage. Er sei für das operative Geschäft nicht zuständig. Die Aufgaben der Hochschule seien Forschung und Lehre, die Eigenschaft als Mitgesellschafter und Geschäftsführer bei FEV habe darauf keinen Einfluss.

Die Zusammenarbeit zwischen VKA und FEV aber ist eng. Es gibt zahlreiche Studenten, die im Rahmen von Abschlussarbeiten oder studentischen Nebenjobs im Unternehmen tätig waren und sind. Auch Pischingers Professorenkollege am VKA, Jakob

Fortsetzung auf S. 64

Mit freundlicher ... Fortsetzung von S. 63

Andert, arbeitete in leitender Funktion bei FEV, bevor er 2014 an die Universität berufen wurde. CEO Pischinger verlor mit Anderts Wechsel einen wichtigen Mitarbeiter, Professor Pischinger gewann einen Wissenschaftler hinzu. Und wählte ihn als Mitglied der Berufungskommission selbst aus.

Anderts Professur für Mechatronische Systeme am Verbrennungsmotor ist ebenfalls eine Stiftungsprofessur. 180.000 Euro zahlt Rheinmetall Automotive, die Automobilsparte des Panzerherstellers Rheinmetall, dafür jährlich. So steht es in der Antwort der RWTH Aachen auf die Anfrage der ZEIT. Rheinmetall Automotive wiederum arbeitet seit einigen Jahren gemeinsam mit FEV, der Firma von Pischinger, in einem gemeinsamen Projekt an einem sogenannten Range-Extender, der die Reichweite von Elektroautos vergrößert. Elektroantriebe sind auch das Forschungsgebiet von Andert. Als Andert noch für FEV arbeitete und nicht für die Universität, leitete er dort die Entwicklungsprojekte für hybride und elektrische Antriebsstränge. Und war an der Entwicklung des Range-Extenders beteiligt. Andert teilt mit, dass er sich auch jetzt im Rahmen seiner Forschung an der Universität mit einer Reihe von Elektromaschinen beschäftigt, die für »diverse Range-Extender« infrage kämen. Es wirkt, als setze er an der Universität die Arbeit fort, die er zuvor in der Privatwirtschaft begonnen hatte, finanziert von Rheinmetall, seinem ehemaligen Kooperationspartner.

Gern hätte man gewusst, welche Firmen über Drittmittel die Forschung am VKA finanzieren. FEV selbst? Oder die großen Automobilkonzerne? Doch die RWTH nannte weder Drittmittelprojekte noch Industriepromotionen oder Rahmenverträge mit Unternehmen.

Christian Kreiß ärgert sich über das intransparente Gebaren vieler Hochschulen. Kreiß, ein schmalere, leiser Mann Mitte 50, bittet in sein Kleinstadt-Reihenhaus westlich von München. Vor ihm auf dem Wohnzimmerisch liegt sein Buch *Gekaufte Forschung*. Darin argumentiert er, der Hype um Drittmittel habe die Unis vom rechten Pfad der Erkenntnis abgebracht. Seitdem gilt Kreiß, selbst BWL-Professor an der Hochschule Aalen, als der deutsche Wissenschaftler, der am konsequentesten gegen die deutsche Wissenschaft schießt.

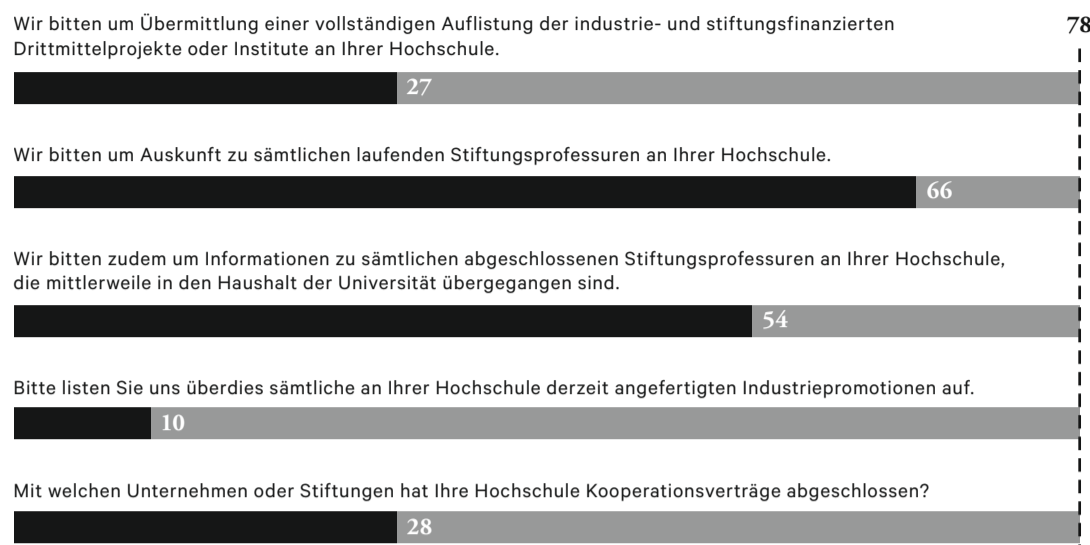
Die unzähligen Verflechtungen zwischen Universitäten und Industrie regen ihn nicht deshalb auf, weil Wissenschaftler sich korrumpieren ließen, das ist ihm wichtig zu betonen. Sondern weil jene Themen, für die sich die Industrie interessiert, wie zum Beispiel der Verbrennungsmotor, stark befürwortet würden. Alternativen, etwa ökologisch nachhaltige Verkehrskonzepte, dagegen nicht. »Glauben Sie, dass VW so etwas finanziert?«, fragt Kreiß. An den Hochschulen entwickle sich eine »von der Geld-Aristokratie finanzierte Wissenschaft«.

Gerade deshalb sei Geheimniskrämer ein Unding, Kreiß ist noch immer sauer, wenn er über die Klage spricht, die er 2015 gegen die Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) angestrengt hat. Gerichtlich wollte er die Herausgabe von Kooperationsverträgen zwischen der JGU und Boehringer Ingelheim erzwingen. »So ein 100-Millionen-Vertrag mit einem Pharmaunternehmen, der gehört doch an die Öffentlichkeit!«, sagt Kreiß und ballt die Hand zur Faust.

Wenn man mit Rektoren darüber spricht, ob ihre Universitäten für die Euro aus der Industrie ihre akademische Selbstbestimmung veräußern, stößt man auf Selbstvergewisserungsmantras: »Wir sind zu selbstbewusst, um uns etwas von der Industrie diktieren zu lassen.« Oder: »Wir sind doch nicht die verlängerte Werkbank der Unternehmen!« Oder: »Sobald Industriepartner die akademische Freiheit beschneiden wollen, ist für uns eine rote Linie erreicht.« Trotzdem zieren sie sich, Verträge offenzulegen. Dabei ist der Vertrauensvorschluss aufgebraucht.

Nicht genehme Fragen

Die ZEIT hat fünf Fragen zum Thema Industriekooperationen an 78 Universitäten geschickt. Hier dokumentieren wir, wie viele Universitäten auf die jeweilige Frage geantwortet haben



Folgende Universitäten beantworteten innerhalb einer Frist von acht Wochen keine einzige Frage: Universität Paderborn, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Christian-Albrechts-Universität Kiel, Universität Rostock, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Goethe-Universität Frankfurt am Main

ZEIT-GRAFIK/Quelle: eigene Recherche

Das liegt nicht zuletzt an jenem Fall, der auch Christian Kreiß beschäftigte. Boehringer Ingelheim, ein milliardenschwerer Pharmariese aus der Nähe von Mainz, schloss mittels der Boehringer Ingelheim Stiftung (BIS) zwischen 2009 und 2013 verschiedene Kooperationsverträge mit der Mainzer Uni über ein lebenswissenschaftliches Forschungszentrum ab, das bis 2020 mit insgesamt 100 Millionen Euro gefördert wird. Zwar wurde Kreiß' Klage auf Herausgabe der Verträge abgelehnt; in einem parallelen Verfahren aber wurde die JGU dazu verpflichtet, Einsicht zu gewähren. Was in den Verträgen zu lesen ist, zieht die Betuerungen der Hochschulen schwer in Zweifel. So sucht die BIS als Teil einer Findungskommission nach wissenschaftlichen Direktoren für das neue Forschungszentrum. Ihr wird ein Platz im wissenschaftlichen Beirat »unwiderruflich garantiert. Und weiter: »Mit dem ausgewählten Kandidaten führt der Präsident der JGU in Abstimmung mit der BIS die Verhandlungen über den Inhalt der zu schließenden Berufungsvereinbarung, die unter einem Zustimmungsvorbehalt der BIS steht.« Anders gesagt: Die Uni räumt Boehringer Ingelheim die Hoheit über Forschungsagenda und Personal ein.

Es scheint, als gäbe es gute Gründe dafür, dass die Unis ihre Verträge lieber in verschlossenen Aktenordnern belassen und auf die Anfrage der ZEIT nur spärlich reagieren.

Dabei sind Kooperationen nicht per se anrüchig, sie sind sogar gewünscht. Schließlich sollen die Universitäten als Wissensgeneratoren die Gesellschaft – und somit auch die Wirtschaft – antreiben. So will es die Öffentlichkeit, so will es die Politik. In der Grenzregion um Aachen etwa sorgte auch die RWTH dafür, dass aus dem ehemaligen Braunkohlerevier ein Hochtechnologie-Standort wurde.

Und die Universitäten forschen nicht nur mit Unternehmensgeldern. In den vergangenen 20 Jahren haben sich die staatlichen Fördermittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft fast vervierfacht, auf mittlerweile 2,4 Milliarden Euro pro Jahr. Im selben Zeitraum verdreifachte sich allerdings auch das Kapital aus der Wirtschaft.

An der TU München lässt sich beobachten, wie die Zukunft der deutschen Wissenschaft aussehen könnte. Die TUM hat jährlich etwa 1000 Forschungsverträge mit Unternehmen, lässt sich derzeit für rund 20 Millionen Euro Professuren finanzieren.

20 weitere warb sie erst kürzlich vom Lidl-Gründer Dieter Schwarz ein und verpflichtete sich dafür, einen Campus außerhalb von Bayern zu eröffnen – in Heilbronn, Schwarz' Geburtsort. Sie macht den Internetkonzern Google zum Partner und lässt sich das mit einer Million Euro vergolden. Die TUM ergänzt das Humboldtsche Ideal von Forschung und Lehre zur Trias: Technologietransfer ist für sie genauso wichtig. Erst so ist sie zur international vielleicht renommiertesten Forschungs-Uni Deutschlands geworden.

Die entscheidende Frage könnte also bald nicht mehr lauten: Sind die Universitäten unabhängig? Sondern: Was ist eigentlich ihre Aufgabe?

Schaut man nach München, scheint es, als würde Wissenschaftspolitik verstärkt darauf ausgerichtet, die Forschung an den Universitäten zu einem Standortvorteil für deutsche Unternehmen werden zu lassen. Die staatlich finanzierte Wissenschaft würde so zum Dienstleister des Labels »Made in Germany«.

Die TU München war auch eine der Universitäten, die auf die Anfrage der ZEIT am professionellsten reagierten. Sie scheint erkannt zu haben, dass viel privates Geld auch viel Offenheit verlangt. Eine komplette Liste der Geldgeber aber veröffentlicht auch sie nicht.

Wenn ein immer engeres Band zwischen Wirtschaft und Wissenschaft das Ziel ist: Wäre es dann nicht fahrlässig, ohne klare Regeln zu arbeiten – und darauf zu hoffen, dass schon jeder Professor selbst wisse, was sich gehört? Wäre es da nicht Voraussetzung, dass Datenbanken auf Knopfdruck ausspucken, an wie vielen Lehrstühlen sich welches Unternehmen derzeit engagiert? Und: Wäre es nicht angebracht, öffentliche Kontrolle nicht zu behindern, sondern zu ermöglichen?

Im vergangenen Herbst ergab die Antwort der bayerischen Landesregierung auf eine Anfrage der Grünen, dass im Freistaat derzeit 140 Stiftungsprofessuren finanziert werden. Im vertraulichen Teil der Antwort, der der ZEIT vorliegt, steht bei den Angaben zu den Stiftern allerdings bei 14 Professuren nur ein Sternchen. Sie sind als geheim angegeben, darunter fünf im medizinischen Bereich. Das heißt: Nicht einmal das Parlament weiß über alle industriellen Geldflüsse in die Hochschulen Bescheid.

Spricht man mit Universitäten, egal ob in Bayern, Hessen oder Nordrhein-Westfalen, trifft man auf einhellige Meinungen: Bloß keine einheitlichen Standards, sagen die Rektoren, die beschneiden die Autonomie der Fakultäten. Bloß keine schärferen Gesetze, die 16 Hochschulgesetze der 16 Bundesländer schützen die Freiheit von Forschung und Lehre. Bloß keine totale Transparenz, denn das vertreibt die Industrie.

Dabei hatte noch im Juni des vergangenen Jahres ein Zusammenschluss der neun größten Technischen Universitäten in Deutschland (TU9) einen Hilferuf veröffentlicht. In einem Positionspapier wendete sich die TU9 in ungewohnter Entschlossenheit gegen die Einflussnahme von Unternehmen. Von der »Unsitte der »Kuckucksei-Promotion« ist in dem Schreiben die Rede – also von Doktoranden, die von Unternehmen bezahlt werden. Die TU9 schreibt auch von Geheimhaltungsklauseln, mit denen Firmen versuchten, eine Veröffentlichung der für die Dissertationen genutzten Daten zu verhindern. Von Promotionsthemen, die firmenseitig und ohne Absprache mit einem akademischen Betreuer vergeben würden. Sie beschreiben eine Unterwanderung.

Ein halbes Jahr später spielt Hans-Jürgen Prömel das Thema am Telefon herunter. Als Rektor der TU Darmstadt und damaliger Vorsitzender der TU9 hat er das Papier federführend unterzeichnet, nun sagt er, er wolle die alte Geschichte nicht wieder aufwärmen. Papier geschrieben, Problem gelöst, so klingt das in etwa. Was denn der Auslöser für den Vorstoß gewesen sei? »Uns waren Fälle zu Ohren gekommen, in denen Professoren sich von Industriepartnern unter Druck gesetzt fühlten«, sagt Prömel. Unternehmen hätten Drittmittelzusagen daran gekoppelt, dass ihre Angestellten zu bestimmten Themen promovieren dürfen.

Obwohl das Promotionsrecht ausschließlich bei den Universitäten liegt, schreiben viele Firmen heute Doktorandenstellen aus. Ein Beleg dafür, was viele Industriepartner in den Hochschulen sehen: ihre Dienstleister. Besonders umtriebig ist auch hier die Automobilindustrie. Volkswagen etwa beschäftigt derzeit 330 Doktoranden. Ihre Dissertationen werden vom Vorgesetzten geprüft und von Hausjuristen. Dann werden sie veröffentlicht. Das »ausschließliche Nutzungsrecht« an den Ergebnissen hält Volkswagen.

Das Beispiel zeigt, mit welcher Professionalität manche Privatunternehmen eine Infrastruktur nutzen, die aus Steuergeldern finanziert wird. Und es zeigt zugleich, wie wenig Professionalität die Universitäten dem entgegensetzen.

Auf die Frage der ZEIT, wie viele Doktoranden über Unternehmen bei ihnen promovieren, konnten übrigens nur zehn deutsche Universitäten eine belastbare Zahl liefern. 68 Universitäten konnten oder wollten die Kuckuckseier in ihrem Nest nicht zählen.

HINTER DER GESCHICHTE

Ausgangsfrage: Es wird viel vom Einfluss der Wirtschaft auf die Wissenschaft geredet. Umfassende Zahlen gibt es bisher nicht. Das wollten wir ändern.

Recherche: Die beiden Autoren schickten eine Anfrage per Mail an 78 Universitäten. Diese umfassten staatliche Volluniversitäten, technische Universitäten, medizinische Hochschulen und Bundeswehr-Universitäten. Nicht befragt wurden Fachhochschulen, Kunsthochschulen und pädagogische Hochschulen. Auch private Institutionen wurden nicht adressiert. Die Universitäten erhielten einen Monat Zeit zur Beantwortung der Fragen. Manche Unis antworteten erst nach zwei Monaten, andere gar nicht.



ANZEIGE

ZEIT FÜR DEINE STADT

7. Juni 2018 · Frankfurt am Main

Veranstalter:

CONVENT.de

EIN UNTERNEHMEN DER ZEIT VERLAGSGRUPPE

Exklusiver Partner:

DER IDEENWETTBEWERB

»ZEIT für Deine Stadt« widmet sich aus gesellschaftspolitischer Perspektive aktuellen Fragestellungen der Stadt der Zukunft. Wir suchen Ihre Ideen und prämiieren die besten **am 7. Juni in Frankfurt**. Wie wollen wir zusammen leben? Wie gestalten wir Städte nachhaltig intelligenter? Und wie wollen wir wohnen und arbeiten?

Schicken Sie uns bis zum 30. April Ihre Vorschläge!

Mehr unter: www.convent.de/stadt

#zeituerffm

In Kooperation mit: